

Der Verteilungskampf um Wohnraum oder Einheimische kontra Flüchtling

Der Verteilungskampf

Berlin, 16.06.2016, 11:36 Uhr

GDN - Nun ist es sozusagen auch "amtlich". Denn unlängst erklärte SPD-Bundesbauministerin Barbara Hendricks, dass bezahlbare Mieten eine "zentrale Voraussetzung für das Gelingen von Integration" sei. Damit hat sie ohne jeglichen Zweifel recht.

Aber auch damit, dass gerade diese "Mangelware" sind. Es müssten, so Hendricks weiter, jährlich rund 350.000 bis 400.000 neue Wohnungen gebaut werden, um eine "Konkurrenzsituation zwischen Einheimischen und Flüchtlingen" zu verhindern. Konkret: Etwa 140.000 Wohneinheiten als Sozialwohnungen und Wohnungen im mittleren Preissegment. Nur so kann die Nachfrage nach bezahlten Unterkünften, um die es ja geht, gedeckt werden. Die Anzahl der Sozialwohnungen betragen rund 1,5 Millionen. 2002 waren es noch 2,5 Millionen.

Hierzu werden fast 800.000 Wohnungen benötigt

Hierbei ist die Rechnung der Bundesbauministerin noch niedrig angesetzt.

Bereits im Oktober 2015 hieß es in einer Beschlussvorlage für die Bauministerkonferenz, dass "Jahr für Jahr wohl mehr als 500.000 Menschen" in Deutschland untergebracht werden müssen. Hinsichtlich des Familiennachzugs wird binnen relativ kurzer Zeit sogar von einer Million ausgegangen, die eine Unterkunft suchen. Das Eduard Pestel Institut für Systemforschung e.V. in Hannover berechnete, dass allein in den Ballungszentren 770.000 Wohnungen fehlen. Hinzu kommt, dass die Flüchtlinge nicht nur bezahlbaren, sondern vor allem aufgrund ihres oft zahlreichen Nachwuchses, große Wohnungen benötigen. Und diese sind rar gesät, selbst wenn der Staat in der Regel die Miete bezahlt.

Schaffen das Staat und Wirtschaft? Ich denke nicht.

Die derzeitige Bautätigkeit müsste um 50 Prozent gesteigert werden, so eine neue Studie des Instituts für Wohnungswirtschaft. Und woher will die deutsche Bürokratie sich die Zeit hernehmen?

Denn all das wird Zeit in Anspruch nehmen. Viel Zeit. Ich glaube nicht daran, dass die Bauwirtschaft dieser Anforderung so einfach nachkommen kann.

Und die Flüchtlinge? Die machen Druck, denn der Frust hinsichtlich ihrer Unterbringung in

Wohncontainern, Zelten, Kasernen, umgebauten Büros, Baumärkten, Lager-, Turn- und Messehallen ist groß. Viele stellten sich vor, als sie sich auf den Weg hierher machten, in Deutschland ein eigenes Haus oder zumindest eine Wohnung zu bekommen.

Dies führte dazu, dass selbst Volker Kauder, der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion genervt bekannte: "Wir müssen die sozialen Netzwerke nutzen, um unsere Rechtslage zu vermitteln und einige Traumvorstellungen in den Herkunftsländern gerade zu rücken. Wie mir erzählt wurde, denken manche Flüchtlinge ernsthaft, sie bekämen in Deutschland ein Haus."

Um der Lage Herr zu werden sollte die Bundesregierung anstelle über Steuererhöhungen nachzudenken, lieber finanzielle Anreize für Investoren schaffen, indem von preisgünstigem Bauland und steuerlichen Anreizen durch großzügigere Abschreibungsmöglichkeiten.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-73999/der-verteilungskampf-um-wohnraum-oder-einheimische-kontra-fluechtling.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV: Claudia Kutscha

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt

lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich. Claudia Kutscha

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com